

## **Antrag an die Stadtkonferenz des SPD-Ortsvereins Plauen am 27.11.2010**

Antragssteller: Ortsvereinsvorstand

Thema: Positionspapier der SPD zur Haushaltskonsolidierung 2011/12 in der Stadt Plauen

***Wurde am 27.11.2010 einstimmig von der Stadtkonferenz der SPD Plauen angenommen.***

Der Ortsverein möge beschließen:

### **Haushaltskonsolidierung 2011/2012 in der Stadt Plauen Positionspapier der SPD (Stand 03.11.2010)**

#### **Die Haushaltsituation 2011 und 2012 in der Stadt Plauen**

##### **1. Ausgangssituation**

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat auch um die Stadt Plauen keinen Bogen gemacht. Sie wirkt sich vielmehr mit der entsprechenden Verzögerung voll auf alle Städte und Gemeinden in Deutschland - und so eben auch auf die Stadt Plauen in voller Härte aus. So haben sich beispielsweise die Gewerbesteuerereinnahmen von 25,4 Mio. EUR im Jahr 2008 auf 10,1 Mio. EUR im Jahr 2009 verringert - also mehr als halbiert! Die ursprünglich für 2010 erwarteten Gewerbesteuerereinnahmen von 7,4 Mio. EUR werden vermutlich zwar deutlich übertroffen, dennoch bleibt die Situation weit hinter den früheren Ergebnissen zurück.

Dazu kommt der Bevölkerungsrückgang um jährlich 500 Einwohner und die Verschiebungen zwischen dem Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung und dem der nichtarbeitenden Bevölkerung. Betrug im Jahr 2000 der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung noch knapp 70 % der Einwohner Plaueus, so sind es 2011 nur noch reichlich 60 %. Etwa 40 % der Bevölkerung können also nicht zum Einkommen - auch nicht zum „Einkommen“ der Stadt Plauen – beitragen und sind auf die Solidarität der Stadtgemeinschaft angewiesen.

Von einer raschen Erholung der Stadt in finanzieller Hinsicht ist nicht auszugehen. Die aktuellen Ereignisse um NEOPLAN, Philips NARVA und MAN Plamag machen beispielhaft deutlich, auf welch wackligen Beinen die Wirtschafts- und Steuerkraft und damit die Einnahmesituation der Stadt Plauen steht.

Zu diesen lokalen Effekten kommen noch die Auswirkungen der Landespolitik im Freistaat Sachsen. Die Verwaltungs- und Funktionalreform hat nicht nur durch den Verlust der Kreisfreiheit dem Gestaltungsspielraum der Stadt drastisch eingeschränkt. Der Vogtlandkreis nimmt seine Verantwortung für die nunmehr kreisangehörige Stadt nicht im gebotenen Umfang wahr. In den Verhandlungen um die Auseinandersetzungsvereinbarung wurden hinsichtlich der Themen Abfall und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) gravierende Verhandlungsfehler begangen, die sich heute schon negativ auf unsere Stadt auswirken.

Der Freistaat Sachsen ist zwar von seinem ursprünglichen Vorhaben, die allgemeinen Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden drastisch zu kürzen, aufgrund des massiven öffentlichen Drucks wieder abgerückt, allerdings hat er dafür die Vorsorgerücklage aufgelöst und die Investitionen drastisch gekürzt. Letzteres trifft auch unsere heimische Bauwirtschaft besonders schwer und ist der Rückgang der Steuereinnahmen – auch in der Stadt Plauen von morgen. Noch härter von dieser Kürzungssorgie des Freistaats sind die Landkreise betroffen, die gezwungen sind, die Kreisumlage zu erhöhen, um zahlungsfähig zu bleiben.

Plauen wird aber auch wie alle Städte und Gemeinden Sachsens von Entscheidungen der von CDU und FDP diktierten Landespolitik ohne Möglichkeit einer Kompensation durch den eigenen Haushalt getroffen. Die Landesregierung versucht auf dem Rücken der Kommunen einen sächsischen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen und nach den Worten des sächsischen Wirtschaftsministers Herr Morlok (FDP) vom Nehmerland zum Geberland des Länderfinanzausgleichs zu werden. Das ist wahnsinnige Ankündigungspolitik statt notwendiger ernsthafter Unterstützung für die finanzschwachen Kommunen. So sinken die investiven Schlüsselzuweisungen auf 30% vom Vorjahr, die Förderung von KiTa- und Schulhausbau wird gänzlich gestrichen, das kostenfreie letzte KiTa-Jahr wird wieder abgeschafft, die Städtebauförderung wird halbiert, der ÖPNV-Zuschuß um 7,5% gekürzt, der Kulturraum muss zwischen 700 und 900 TEUR zusätzliche Kosten für die Landesbühnen Sachsen aufbringen.

Die Haushalts- und Finanzpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung tut ihr Übriges. Allein ihre Klientelgesetze, mit denen Hoteliers gefördert und die Bemessungsgrundlage der den Kommunen zufließenden Gewerbesteuer reduziert wurden, bedeuten für die Kommunen in Deutschland Einnahmeausfälle in Höhe von 2,3 Milliarden EUR. Durch das Kürzungspaket der Bundesregierung sollen die Mittel für die Städtebauförderung halbiert werden. Und die Einsparungen des Bundes bei den Zahlungen in die Rentenkasse werden am Ende als Sozialausgaben von den kommunalen Haushaltskassen zu tragen sein.

Für diese Entwicklung können CDU und FDP in Plauen nicht direkt, politisch aber sehr wohl indirekt verantwortlich gemacht werden, weil es eben ihre Parteifreunde in Berlin und in Dresden sind, die entsprechende Beschlüsse zu Lasten der Kommunen fassen. CDU und FDP haben im Vogtlandkreis gemeinsam fünf Landtagsabgeordneten und zwei Bundestagsabgeordnete. Damit ist diese Region überproportional gut mit Vertretern der Regierungskoalitionen in Land und Bund vertreten und sie könnten durchaus Einfluss auf die dort getroffenen Entscheidungen nehmen

Die Kürzungsorgien der Liberal-Konservativen in Berlin und Dresden strotzen nur so vor neoliberalen Gedankengut. Sie sind unsozial, antigesellschaftlich und unterminieren die Grundlagen der jahrelang gewachsenen Zivilgesellschaft in Sachsen. Dahinter steckt nur eins: Alles was sich nicht wertkonform in die Marktideologie der schwarz-gelben Regierungskoalitionen einreihen will, muss gekürzt werden. Auch wenn man uns einreden möchte, dass nur eine drastische Kürzungspolitik, jenseits von jeglichem gesellschaftlichen Verantwortungsgefühl, unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen wird, sehen wir Alternativen für eine gerechte und zukunftsgewandte Politik.

Voraussetzung dafür ist die Abkehr vom Glauben an das Schuldenverbot. Für uns kann ein handlungs- und gestaltungsfähiger Staat seine stabilisierungs- und verteilungspolitischen Aufgaben nur dann wahrnehmen, wenn er sich nicht durch falsche Instrumente, wie ein verfassungsrechtlich vorgeschriebenes Schuldenverbot, selbst den Handlungsspielraum einschränkt. Die Vernachlässigung dieser Aufgabe hat in den letzten Jahren zur Absenkung der staatlichen Steuer-, Abgaben- und Ausgabenquote geführt, was letztendlich die verteilungspolitische Schieflage sowie die Situation der kommunalen Haushalte enorm verschärft hat..

## 2. Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2011 der Stadt Plauen

Der Haushaltsentwurf 2011 stellt sich im Vergleich wie folgt dar: (in Mio. EUR)

	Ist 2009	2010	2011
Verwaltungshaushalt (laufende Kosten)	91,3	88,4	87,5
Vermögenshaushalt (Investitionen)	50,4	46,3	20,0
Gesamthaushalt	141,7	134,8	107,5

Die Einnahmen für den Verwaltungshaushalt sehen wie folgt aus: (in Mio. EUR)

	Ist 2009	2010	2011
Steuereinnahmen	33,3	31,0	34,5
Zuweisungen	26,3	27,1	31,0
eigene Einnahmen	33,1	30,3	21,9

Bei der Aufstellung des Verwaltungshaushalts gab es in den letzten Jahren jedesmal eine Deckungslücke, das heißt die Ausgaben konnten nicht voll durch die Einnahmen gedeckt werden.

2009 und 2010 wurde diese Differenz aus der Rücklage gedeckt, die damit aber aufgebraucht war. Deshalb muss in den Jahren 2011 und 2012 durch Einnahmeerhöhung oder Leistungskürzung diese Differenz ausgeglichen werden. Diese Notwendigkeit hat aber nur teilweise etwas mit der Landespolitik zu tun. Wir waren

in den letzten Jahren zu bequem. Hätten wir immer schon konsequent und kontinuierlich unsere Verwaltung konsolidiert, wäre heute nicht dieser zusätzliche Druck.

Die Liste der von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen findet man auf unserer Web-seite [www.plauen-erhalten.de](http://www.plauen-erhalten.de).

	Ist 2009	2010	2011	2012
Deckungslücke (in Mio. EUR)	7,3	7,1	2,6*	-1,6

\* 1,8 Mio. in Kürzungsliste, 0,8 Mio. durch Auflösung der Vorsorgerücklage

Der Haushaltsentwurf enthält noch eine große Unsicherheit. Plauen muss als kreisangehörige Stadt an den Vogtlandkreis eine Kreisumlage zahlen. Diese wird als einwohnerabhängiger Prozentsatz der Steuerkraft ermittelt (derzeit 26,5 %). Es ist aber davon auszugehen, daß infolge der irrsinnigen Sparpolitik der schwarz-gelben Landesregierung in Dresden dieser Prozentsatz auf 30 oder gar 33 % steigen könnte, damit die Kreise nicht handlungsunfähig werden. Im Haushaltsentwurf der Stadt Plauen wurde auf der Basis von 26,5 % ein Betrag von 15,4 Mio. EUR für die Kreisumlage angenommen. Stiege aber der Prozentsatz auf 30 (oder 33) Prozent, dann beträgt die Kreisumlage 17,4 (oder 19,2) Mio. EUR. Damit würde aber auch die Deckungslücke für 2011 und 2012 um 2 (oder 3,8) Mio. EUR größer als bisher angenommen. Wenn das eintritt, ist die „Kürzungsliste“ komplett Makulatur!

Mittlerweile ist die Vorentscheidung gefallen: Der Vogtlandkreis wird die Kreisumlage voraussichtlich auf 27,99% anheben. Für die Stadt Plauen erhöht sich damit die Kreisumlage um 865.000 EUR. Dieser Betrag muß jetzt durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen gedeckt werden.

### 3. Maßnahmen zur Konsolidierung des Verwaltungshaushalts der Stadt Plauen

Die SPD-Stadtratsfraktion hat die „Liste der Konsolidierungsmaßnahmen für die Verwaltungshaushalte 2011 und 2012“ einer kritischen Betrachtung unterzogen. Aus der Vielzahl der Maßnahmen hebt sie folgende Schwerpunkte hervor, die angegangen werden sollen:

#### (1) Neuorientierung der Stadt infolge des Verlusts der Kreisfreiheit

Die Stadt Plauen hat auch nach dem Verlust der Kreisfreiheit eine Vielzahl von Aufgaben behalten oder unter neuem Aspekt begonnen, um oberzentrale Funktionen zu befördern. Dafür sind teilweise beträchtliche Mittel zur Weiterführung aufgewendet worden.

Die Stadt sollte mit großer Konsequenz alle diese Aufgaben an den Kreis zurückgeben und auch keine finanziellen Ersatzleistungen aufbringen, wenn der Kreis diese Aufgabe nicht angemessen wahrnimmt. Plauen sollte vom Kreis konsequent die ungeschmälerete Erfüllung seiner Aufgaben einfordern, da die Stadt ohnehin als Oberzentrum und Verdichtungsraum im Vogtland eine erhebliche Solidarleistung für das gesamte Gebiet erbringt. Dazu gehören:

Maßnahme (in TEUR)	2011	2012
Ernennung eines/einer ehrenamtlichen Beauftragten für Integration, nach dem Wegfall der Stelle einer Ausländerbeauftragten	39,0	
Wegfall der Geschäftsstelle „Wirtschaftsregion Vogtland“	21,6	
Abtretung der Geschäftsanteile an der Flughafen Hof-Plauen GmbH an den Vogtlandkreis. Definitive Streichung des Zuschusses (für den Verlustausgleich) ab spätestens 1.1.2012	200,0	

Maßnahme (in TEUR)	2011	2012
vollständige Rückgabe der Aufgabe „Abfallentsorgung“ an den Vogtlandkreis (Entflechtung Abfallentsorgung Plauen GmbH)		
Wegfall der Veranstaltungsdatenbank	20,0	
Wegfall Mitarbeiter „EuropeanEnergyAward“	15,8	
Parteiinterne Entscheidung bis 2013 zur Rückgabe der Aufgabe „ÖPNV“ an den Vogtlandkreis bei Aufrechterhaltung der Straßenbahn in Plauen		

## (2) Mittelfristige Personalplanung

Die demografische Entwicklung Plauens verlangt ein anderes Herangehen an die Personalentwicklung in der Verwaltung. Im Hoch- und Tiefbau beträgt die Investitionssumme nur noch einen Bruchteil der Beträge aus den 90-er Jahren. Durch den Verlust der Kreisfreiheit sind viele Aufgaben weggefallen oder reduzierbar. Das „Outsourcing“ von Aufgaben wurde seit über 10 Jahren nicht mehr geprüft. Neben der aktuellen Prüfung von Aufgaben ist künftig die kontinuierliche mittelfristige Fortschreibung des Personalplans erforderlich. Mögliche Maßnahmen:

Maßnahme (in TEUR)	2011	2012
Privatisierung von Teilleistungen der Allgemeinen Datenverarbeitung, Verschmelzung mit IT-Management in: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Optimierung der Strukturen der IT-Basis, IT-Services und IT – Steuerung durch Erarbeitung einer IT-Strategie (e-Government - Strategie)</li> <li>2. Zusammenführen der verteilten Stellen in einem Fachgebiet, Einführung eines internen Auftraggeber – Auftragnehmermodells (Service Level Agreement) zur Vorbereitung einer regionalen Kooperation und / oder Outsourcing von IT - Teilleistungen</li> </ol>	360,0	300,0
Aufgaben- und Stellenplanprüfung des Bereichs Hochbau		
Aufgaben- und Stellenplanprüfung des Bereichs Tiefbau		
Aufgaben- und Stellenplanprüfung des Bereichs Abfall/Agenda 21		
Prüfung der Privatisierung weiterer Teilleistungen des Eigenbetriebs Gebäude- und Anlagenverwaltung (GAV)		
Prüfung der Kostenrelevanz des geänderten Schichtmodells der Berufsfeuerwehr		
Umsetzung der Effektivitätsuntersuchung der Straßenreinigung		

## (3) Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt

Die Stadt deckt ihren Finanzbedarf aus Steuern und Abgaben. Das hat den Vorteil, dass die Last auf viele Schultern verteilt und der Einzelne nicht überstrapaziert wird. Der von der Verwaltung eingebrachte Vorschlag der Steuererhöhung ist aber möglicherweise kontraproduktiv, weil diese in den nachfolgenden Jahren die Schlüsselzuweisungen mindern können, wenn alle an der Steuerschraube drehen. Damit würde der Konsolidierungseffekt verpuffen. Sinnvoller ist es da, anstatt Steuererhöhungen lieber Gebühren anzuheben. Wir schlagen vor:

<b>Maßnahme</b> (in TEUR)	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Anhebung der Parkgebühren auf 1 EUR/Std. bei gleichzeitiger Einführung einer Mindestparkgebühr von 10 ct, Wegfall der Brötchentaste	240,0	
Überprüfung der Kostendeckung von Verwaltungsakten, Anstreben aufwands-gerechter Gebühren		
Kostendeckung bei Wasser und Strom auf dem Festplatz	14,0	
Kostendeckung bei Raumnutzung öffentlicher Einrichtungen durch Dritte (ausgenommen Jugendarbeit sowie gemeinnützige Kultur- und Sportvereine) Dies bedarf jedoch zuvor der Vollkostenermittlung durch den Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung (GAV)!		
Festlegung eines ermäßigten Nutzungsentgelts (als Prozentsatz der tatsächlichen Kosten) für Jugend-, Kultur- und Sportarbeit. Dies bedarf jedoch zuvor der Vollkostenermittlung durch die GAV!		
„intelligente“ Sondernutzungssatzung	10,0	

#### **(4) Verbesserung der Ausgabensituation der Stadt**

Durch stärkeres Kostenbewußtsein, bessere Organisation von Abläufen usw. ist es sicher möglich, Kosten „in der Breite“ zu sparen. Dazu gehört auch die permanente Aufgabenkritik.

<b>Maßnahme</b> (in TEUR)	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Reduzierung der Ortschaftsratsmittel und gleichberechtigte Eingliederung in den Haushalt	26,4	
Verschmelzung der örtlichen Verwaltung Jößnitz mit dem Bürgerbüro		
Gleichzeitiger Versand aller regelmäßig wiederkehrenden Bescheide an die Bürger zu einem Stichtag	40,0	
Neuregelung der Bezuschussung der gesamten Kultur- und Sportarbeit. Dies bedarf jedoch zuvor einer detaillierten Analyse aller Förderungen. Abbau von Bevor- oder Benachteiligungen.		
deutliche Reduzierung der Anzahl aufgestellter Verkehrszeichen, Verzicht auf Ausweisung von „Hauptstraßen“ in Wohnquartieren	5,0	
Deutliche Reduzierung der Schaltzeiten von Lichtsignalanlagen (LSA)	5,0	
Koordinierung von Printmedien der einzelnen Verwaltungsbereiche	20,0	

#### **(5) Negativbewertung**

Es gibt eine Reihe von seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen, die wir kritisch bewerten und die nach unserer Meinung nicht angegangen werden sollen. Dazu gehören:

Maßnahme	Grund
Erhöhung der Elternbeiträge im Krippenbereich	der Freistaat Sachsen hat das gebührenfreie letzte KiTa-Jahr wieder abgeschafft. Dadurch kommen ohnehin zusätzliche Kosten auf die Eltern zu.
Senkung Kommunalzuschuss an Freie Träger	Dies führt in jedem Fall zu höheren Elternbeiträgen in den Einrichtungen der Freien Trägern, diese lehnen wir ab!
Trägerschaftswechsel KiTas	Hier wird geplant städtische KiTas an Freie Träger zu überführen, dies lehnen wir ab!
„unkontrollierte“ Erhöhung von Nutzungsentgelten	Wir fordern vollständige Darstellung der Realkosten und aller existierenden Fördermechanismen
„unkontrollierte“ Reduzierung von Zuschüssen im Kultur- und Sportbereich	erst müssen die realen Fakten auf den Tisch!
Kürzungen der Kulturförderung	Wenn im Bereich der Kulturförderung gekürzt werden muss, dann sollte dies solidarisch vorgenommen werden und nicht einseitig zu Lasten der freien Kulturträger (geplante Kürzung 23,4%). Die SPD-Fraktion fordert eine gleichmäßige Kürzung um sechs Prozent bei den Zuschüssen e.o.plauen-Gesellschaft, e.o.plauen-Preis, Deutsches Innovationszentrum für Stickerei, Förderung Spitzenmuseum, Förderung Schaustickerei, sowie den Zuschüssen an die Weberhäuser, das Malzhaus und die Förderung von Kulturvereinen in freier Trägerschaft.
Abschaffung des Babygelds	Die Verflechtung von Babygeld und Familienhebamme soll erhalten werden
Wegfall des Fahrdienstes für Behinderte	Das ist für den betreffenden Personenkreis die einzige Möglichkeit, am öffentlichen Leben teilzunehmen
Überprüfung der Gebühren und Eintrittsgelder in den Einrichtungen des Eigenbetriebs Kultur, eventuell Erhöhung	Dies halten wir in den nächsten Jahren für nicht sinnvoll, da die derzeitigen Regelungen ausreichend sind und die Kostenfreiheit für Schüler und Studierende erhalten bleiben soll

## (6) Sonstiges

Der Bereich Museum/Ohser-Haus/Spitzenmuseum/Schaustickerei/Galerie des Eigenbetriebs Kultur bedarf dringend einer umfassenden Strukturklärung. Ob die Neuordnung dieses Bereichs dann kostenverursachend oder -senkend ist, kann erst mit einer klaren Konzeption (Teilfachkonzept Kultur des Stadtkonzepts 2022) festgestellt werden. Man sollte mit dieser Klärung nicht bis zum Bau des Deutschen Zentrums für Spitzen und Stickerei warten.

## Auswirkungen der Haushaltssituation im Freistaat Sachsen auf die Stadt Plauen

Die sächsische CDU/FDP-Regierung hat einen sogenannten Sparhaushalt für die kommenden zwei Jahre eingebracht. Sie sieht drastische Einschnitte in allen - auch sozialen - Bereichen vor, um insgesamt 1,2 Mrd. EUR weniger Ausgaben tätigen zu müssen. Aber ist das auch erforderlich? Nach der Steuerschätzung im Mai 2010 wurde ein Defizit für den Haushalt 2011 von ca. 850 Mio. EUR ermittelt. Mittlerweile haben die Wirtschaftsexperten das Wachstum deutlich nach oben korrigiert, was das erwartete Defizit nochmals deutlich schrumpfen lassen wird. Erwartet wird von Fachleuten ein Defizit von 300 bis 500 Mio. EUR. In einem Wirtschaftsgutachten, das der DGB in Auftrag gegeben hat, wird sogar ein Überschuss von bis zu 600 Mio. EUR prognostiziert. Die CDU/FDP-Regierung spart also deutlich mehr, als sie eigentlich muss!

Nun muss das eigentlich nichts Schlechtes sein, sparsam hauszuhalten. Aber wer spart da eigentlich? Und hat das überhaupt etwas mit Sparen zu tun, wenn ich mir Butter und Wurst „spare“ und nur noch trockenes Brot esse? Massive Einschnitte gibt es z. B. im sozialen Bereich und beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Die Leidtragenden sind die Kommunen. Deutlich gespart wird auch im investiven Bereich. Die fehlenden Aufträge für unsere Bauwirtschaft sind aber dann die ausbleibenden Gewerbesteuern der Kommunen von morgen. Die CDU/FDP-Regierung wälzt also die Lasten ihrer Sparorgie einfach auf die Kommunen und Landkreise ab und das in einer Zeit, wo der beginnende Wirtschaftsaufschwung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise alles andere als Sand im Getriebe braucht.

Nicht zu Unrecht wirft die thüringische und sachsen-anhaltinische Landesregierung dem Freistaat Sachsen unsolidarisches Verhalten vor, wenn man mit dieser falschen Großspurigkeit agiert, die beispielsweise darin gipfelt, dass der sächsische Wirtschaftsminister Morlok (FDP) Sachsen in wenigen Jahren zum Geberlandentwickeln will.

Die nachfolgenden Beispiele illustrieren, was auf die Kreise und Gemeinden - unabhängig von den eigenen Haushaltsproblemen - noch zukommt:

### **(1) Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat eine Kürzung der Zuschüsse für den ÖPNV von 7,5 % bzw. 60 Mio. EUR vorgesehen. Dabei sind aber für den ab Dezember 2010 geltenden Fahrplan von den Trägern bereits alle Verträge ausgeschrieben und geschlossen. Wenn die Zweckverbände nicht vertragsbrüchig werden wollen, bleibt ihnen eigentlich nur die Kürzung von Investitionen, um den Ausfall von Fördermitteln auszugleichen. Oder man kündigt Verträge und legt Linien still. Leidtragende sind auf jeden Fall die Gemeinden im ländlichen Raum, deren verkehrstechnische Anbindung sich noch mehr verschlechtert.

Leidtragender ist auch die Stadt Plauen, weil möglicherweise die Investitionen in die Straßenbahn ausbleiben, denn die Investitionszuschüsse im ÖPNV werden auch gekürzt.

### **(2) Kulturraumfinanzierung**

Die schwarz-gelbe Landesregierung plant die Kommunalisierung der Sächsischen Landesbühnen Radebeul, d.h. sie sollen weiterhin „Reisetheater“ sein, obwohl dafür kein Bedarf besteht. Die Kosten - insgesamt 7 Mio. EUR sollen aber die Kulturräume aufbringen.

Auf den Kulturraum Vogtland-Zwickau entfallen von dieser Summe 900 TEUR. Da sich seit Jahren der Kulturraum mühsam mit Haustarifverträgen – also Lohnverzicht - „durchhangelt“, wäre diese Summe das Aus.

Richtig wäre eine Theaterfusion im Dresdener Raum, wozu man übrigens vor etwa sechs Jahren bereit war. Der damalige Wissenschaftsminister Rösler (CDU) hat das jedoch mit fadenscheinigen Gründen verhindert und die Folgen sollen heute auf die Kulturräume abgewälzt werden.

### **(3) Schulhausbauförderung**

Waren es 2010 für Sachsen noch 23 Mio. EUR, so sinkt die Summe 2011 auf 3,1 Mio. EUR und 2012 auf Null. Plauen wird also lediglich angefangene Maßnahmen zu Ende bringen, aber keine neuen Vorhaben beginnen können. Dabei sind noch längst nicht alle Schulen auf Vordermann, weil die Sanierung bei laufendem Schulbetrieb natürlich nur in vielen kleinen Schritten geht. Da auch die EU-Förderung bis 2012 auf 25 % zurückgeht, besteht auch keine alternative Fördermöglichkeit. Also geht nur Schulhaussanierung aus eigener Kraft, aber unser Vermögenshaushalt ist ja wegen der Umverteilung im Finanzausgleichsgesetz auf 20 Mio. EUR oder anders gesagt auf 40 % geschrumpft.

### **(4) Kostenfreies Vorschuljahr**

Die CDU/FDP-Regierung hat das kostenfreie Vorschuljahr wieder abgeschafft, das die SPD in der letzten Wahlperiode der CDU im Koalitionsvertrag abgetrotzt hatte. Die Zuschusssumme (in Sachsen

insgesamt 38 Mio. EUR) muss nun von den Eltern allein aufgebracht werden. Dieser Betrag entspricht genau der Aufstockung der Landeszuweisungen an die Kommunen, die aufgrund der steigenden Zahlen von zu betreuenden Kindern erforderlich wird. Das heißt, so oder so tragen die Eltern die Lasten allein (in Plauen 170 EUR/Monat und Kind).

### (5) Jugend und Sport

Die Pauschalzuweisung für Jugendarbeit wird auf 72 % zurückgehen. Plauen bekommt für die Jugendarbeit nur noch knapp 80 TEUR vom Vogtlandkreis und 158,4 TEUR aus dem Vertrag vom Vogtlandklinikum. Läuft dieser Vertrag 2012 aus, können wir alle Jugendzentren zusperrern.

Die Sportförderung sinkt von 11,4 Mio. EUR auf 2,8 Mio. EUR, also auf 24,5 %! In Plauen sind 16 TEUR aus dem Klinikumvertrag die einzigen „externen“ Einnahmen für diesen Bereich. Alles andere bringt die Stadt auf, sofern der Kreis nicht aktiv wird.

Die Zuweisung für Jugendsozialarbeit sinkt auf 70 %. In Plauen sind das nur die Bundesmittel aus dem Förderprojekt „Demokratie und Toleranz“ (100 TEUR), alles andere muss der Vogtlandkreis allein leisten.

Summiert man alle Kürzungen der Zuweisungen in diesem Bereich auf, dann sind das für den Vogtlandkreis kaum vorstellbare Dimensionen. Die Stadt lebt in diesem Bereich außer der „Pflichtzuweisung“ vom Vogtlandkreis streng gesehen nur von den beiden Fördertöpfen „Klinikum“ und „Demokratie und Toleranz“, die beide nichts mit Sachsen zu tun haben. Aber wenn diese Töpfe weg sind? Das kann die Stadt nie ausgleichen und der Kahlschlag ist vorprogrammiert.

### (6) Förderung der Wohlfahrtspflege

Die CDU/FDP-Regierung setzt die Landesförderung für die Wohlfahrt auf Null. Das hat zur Folge, dass die Bundesmittel dafür auch ausbleiben, da nicht mehr kofinanziert wird. Die Stadt Plauen zahlt dafür freiwillig 40 TEUR in die Wohlfahrtspflege, damit nicht alles den Bach runtergeht.

### (7) Investitionen

Die CDU/FDP-Regierung plant den Rückgang der Investitionen um 1,23 Mrd. EUR. Die Investitionsquote würde von derzeit 20 % auf 16 % bzw. 15 % im Jahr 2012 sinken. Sachsen würde damit das Schlusslicht der neuen Bundesländer. Die Kürzungswelle ist gewaltig. Hier nur eine Auswahl:

Zuweisung in Mio. EUR für...	2010	2011
Straßenbau	405,0	336,2
Denkmalsschutz	55,0	32,3
Städtebauförderung	263,1	197,6
Investitionen im ÖPNV	397,0	372,0
Schulhausbau	23,0	3,1
KiTa-Bau	27,0	0,0
Sportstättenbau	23,0	2,85

Es ist kaum möglich, das direkt auf Plauen umzurechnen und auf den möglichen Gewerbesteuerausfall abzubilden. Man kann aber vereinfacht den Investitionshaushalt der Stadt zugrunde legen. Der Rückgang der Investitionstätigkeit auf 40 % kommt in einer fiktiven Rechnung mit 6 % Gewinnspanne der Unternehmen einem Rückgang an Gewerbesteuer von 250 TEUR gleich. Noch deutlicher wird aber die Betrachtung bezogen auf die Unternehmen. Der Vermögenshaushalt 2011 in Plauen beträgt 20 Mio EUR, die Hälfte davon entfällt auf direkte Bauleistungen im Hoch- und Tiefbau. Das würde gerade einmal das Auftragsbuch eines mittleren Bauunternehmens füllen aber keineswegs die Auftragsbücher der etwa 100 im Großraum Plauen ansässigen Unternehmen. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, Sozialleistungen, Steuerausfälle in der Einkommenssteuer usw. Alles Dinge, die die Menschen und die Stadt unmittelbar treffen. Und das alles nur, weil die



CDU/FDP-Regierung in Dresden ohne Not eine Sparorgie in Milliardenhöhe verordnen will. Regierungsverantwortung sieht anders aus.

### **(8) Schulen in freier Trägerschaft**

Sicher ist dies eines der umstrittensten Themen. Die Eltern erwarten sich von den privaten Schulen eine bessere Ausbildung ihrer Kinder und üben damit indirekt massive Kritik am öffentlichen Schulsystem.

Sachsen leistet sich eines der liberalsten Gesetze in Deutschland für diese Schulform. Die freien Schulen sind hinsichtlich der Zulassung deutlich besser gestellt als die öffentlichen Schulen. Das führt dazu, dass sich mittlerweile neben dem staatlichen Schulsystem ein komplettes zweites Schulsystem aufgebaut hat, das nahezu die gleichen Förderungen erhält wie öffentliche Schulen. Während in den alten Bundesländern der Anteil der freien Schulen bei 8 bis 9 % liegt ist er in Sachsen bei 14 % - Tendenz: steigend. Bereits 1997 wurden die Zuweisungen an die Schulträger der öffentlichen Schulen extrem gekürzt, um die Finanzierung der privaten Schulen sicherzustellen. Mittlerweile sehen sich die privaten Schulen nicht mehr nur als Ergänzung des staatlichen Schulsystems, sondern fordern vehement die Gleichstellung zum staatlichen Schulwesen. Die CDU/FDP-Landesregierung ist nunmehr eingeknickt und will die geplante Kürzung der Fördermittel für die privaten Schulen zurücknehmen. Klientelpolitik.

In Plauen ist im Bereich der allgemein bildenden Schulen die Montessorischule als privates Schulangebot vorhanden. Derzeit ist die Schulstruktur durchaus ausgewogen. Allerdings kann man perspektivisch nicht ausschließen, dass bei stärkerer Nachfrage nach dem privaten Schulangebot im Mittelschulbereich Überkapazitäten entstehen können. Die Folge ist dann immer die Schließung einer öffentlichen Schule. Es ist darauf zu achten, daß die freien Schulen das öffentliche Schulwesen ergänzen und nicht ersetzen sollen.